



## VERBAND BRÜSSEL-BELGIEN

- Der Vorsitzende -

---

Rundschreiben, November 2003

Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Brüssel,

ich freue mich, dass wir vor dem Ende dieses ereignisreichen Jahres noch einmal Gelegenheit zu einer Begegnung haben werden. Am Abend des 11. Dezember lade ich Sie zu einer Diskussionsveranstaltung ein. Ich werde Ihnen bei dieser Gelegenheit über Stimmung und Ergebnisse des 17. CDU-Parteitags berichten, der Anfang Dezember in Leipzig stattfinden wird.

Im Mittelpunkt der Debatten des Parteitags werden die notwendigen Reformen der sozialen Sicherungssysteme und des Einkommensteuersystems stehen. Der Leitantrag des Bundesvorstands unter dem Titel „Deutschland fair ändern. Ein neuer Generationenvertrag für unser Land“ bietet dafür ein umfassendes Programm. Es geht aus von den sozialpolitischen Konsequenzen des demografischen Wandels und enthält aufeinander abgestimmte Vorschläge für eine Neugestaltung der Krankenversicherung, der Pflegeversicherung, der Alterssicherung und der Arbeitslosenversicherung. Im Zusammenhang damit stehen auch die „Leitsätze für eine radikale Vereinfachung und eine grundlegende Reform des deutschen Einkommenssteuersystems“.

Die CDU will sich auch selbst verändern, um im allgemeinen Wandel bestehen zu können. Der Bundesvorstand schlägt dem Parteitag seinen Beschluss zur „Bürgerpartei CDU. Reformprojekt für eine lebendige Volkspartei“ zur Diskussion und Verabschiedung vor.

Ein wichtiger Parteitag also, dessen Ergebnisse die Regierungsfähigkeit unserer Partei bestätigen sollen und ihr Profil im nächsten Jahrzehnt bestimmen werden. Gleichzeitig positioniert sich die CDU mit ihren programmatischen Festlegungen in Leipzig für die aktuelle Auseinandersetzung mit der Bundesregierung um den besten Weg bei den jetzt anstehenden Reformentscheidungen, bei denen die Opposition wegen ihrer starken Stellung im Bundesrat Mitverantwortung übernehmen muss.

Die Texte wie auch die Tagesordnung und andere Dokumente zum Parteitag finden Sie auf [www.cdu.de](http://www.cdu.de).

\* \* \*

Am Rande des Parteitags wird gewiss noch einmal der Ausschluss des Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann aus der CDU/CSU-Fraktion und das vom hessischen Landesvorstand der CDU eingeleitete Parteiausschlussverfahren Rolle spielen. Es gab und gibt Kritik am Verfahren in dieser Sache.

Wichtiger ist aber die Beurteilung der in dieser Sache getroffenen Entscheidung, die ich für gerechtfertigt und angemessen halte. Martin Hohmann wurde wegen einer Argumentation ausgeschlossen, die auf die billigsten, geschichtsklitternden Klischees der antisemitischen Propaganda zurückgreift, und wegen des verklemmten Nationalismus, der schon aus dem Umstand spricht, dass er meinte, nachweisen zu müssen, dass die Deutschen kein ‚Tätervolk‘ sind. Der Ausschluss war ein Akt der Selbstverteidigung. Der Verbleib des Abgeordneten Hohmann, der nicht bereit war, seine Aussagen zurück zu nehmen, hätte den Verdacht genährt, dass in der CDU und in der CSU die historische Wahrheit und die Ideale, die dem Erfolg christlich-demokratischer Politik beim Wiederaufbau und bei der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands zugrunde gelegen haben, nicht mehr gelten.

Die CDU/CSU-Fraktion hat sehr gut daran getan, klarzumachen, welche Geisteshaltung sie nicht akzeptieren kann. Das war auch im Sinne der Selbstreinigung eine wichtige Maßnahme.

---

Dr. Thomas Jansen

c/o Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, 2, rue Ravenstein, B-1000 Brüssel, Tel 02-546.9741, Fax 02-546.9752  
E-mail: [thomas.jansen@esc.eu.int](mailto:thomas.jansen@esc.eu.int)

Es ist möglich, dass noch vor dem Ende dieses Jahres die Regierungskonferenz, die über den vom Europäischen Konvent vorgelegten Verfassungsentwurf zu befinden hat, ihre Arbeit mit einer positiven Entscheidung abschließt und einen Text verabschiedet, der sich nicht allzu weit vom Entwurf des Konvents entfernt. Es darf eigentlich nicht anders sein. Trotz des Lärms, der um einige der institutionellen und prozeduralen Fragen gemacht wurde, für die einige Regierungen andere als die vorgeschlagenen Lösungen durchsetzen wollen!

Der politische Kalender der Europäischen Union hat die Regierungskonferenz in ein Semester mit italienischer Präsidentschaft fallen lassen. Das ist im Hinblick auf diese Regierungskonferenz ein Glücksfall, denn die italienische Diplomatie leistet nach allen Erfahrungen und unabhängig von der Farbe der jeweiligen Regierung, gute Arbeit, insbesondere wenn es darum geht, im Binnenverhältnis der Union die Dinge im gemeinschaftlichen Sinne voranzubringen. Deshalb ist die Hoffnung gerechtfertigt, dass es der italienischen Diplomatie auch diesmal gelingen wird, für alle kontroversen Fragen die Formeln anzubieten, die eine Einigung erlauben werden.

Das gilt insbesondere auch für die Definition der Mehrheit bei Abstimmungen im Ministerrat. Die Regierungen Spaniens und Polens lehnen es bisher ab, das geniale, dem demokratischen und föderalen Geiste des Verfassungsentwurfs entsprechende Prinzip der doppelten Mehrheit zu akzeptieren; sie wollen bei der Lösung des Nizza-Vertrags bleiben, der ihnen eine völlig unangemessene Abstimmungsmacht zugesprochen hatte. Weder unter intellektuellen noch unter politischen oder historischen Gesichtspunkten ist diese Position haltbar, weswegen sie wohl auch überwunden werden wird.

Dass es dem Konvent gelungen ist, als Ergebnis eines offenen Diskussionsprozesses einen breiten Konsens zugunsten einer in sich stimmigen politischen Ordnung für das neue europäische Gemeinwesen zu entwickeln, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dieser Prozess hat alle Legitimationsebenen der Union einbezogen; darüber hinaus hat er auch den Akteuren der akademischen Welt und der Zivilgesellschaft, soweit sie sich für die Gestaltung des europäischen Gemeinwesens interessieren, Möglichkeiten der Mitwirkung und Einflussnahme geboten. Das von der Regierungskonferenz zu bestätigende Ergebnis, also die Verfassung selbst, wird der erweiterten und der sich weiter erweiternden Union eine solide Grundlage und einen flexiblen Rahmen für die zukünftige Entwicklung ihrer Aktionseinheit nach außen und der Governance ihres Mehrebenen-Systems nach innen geben.

\* \* \*

Ich freue mich sehr, Ihnen heute ankündigen zu können, dass einer der Architekten dieser Verfassung, der Vizepräsident des Europäischen Konvents, Jean-Luc Dehaene, zugesagt hat, am Donnerstag, dem 29. Januar 2004, über diesen ganzen Komplex zu uns zu sprechen und mit uns zu diskutieren.

\* \* \*

Schauen Sie bitte gelegentlich in unsere vollkommen neu gestaltete Webseite >[www.cdu-bruessel.org](http://www.cdu-bruessel.org)>, ein Werk von Barbara Defossé, unserer Geschäftsführerin, die sich damit weitere große Verdienste um unseren Verband erworben hat.

Ich grüße Sie und bleibe mit besten Wünschen  
Ihr

